



Russlandanalysen

Nr. 34

9.7.2004

Inhalt

Analyse

Die neue Realität – Die ersten 100 Tage von Putins zweiter Amtszeit. Alexej Sudin, Moskau 2

Tabellen und Graphiken zum Text

Sonderrechte und Pensionszuschläge 4

Was erwarten Sie und Ihre Familie von den derzeit betriebenen Reformen? 6

Bewertung des Präsidenten und der Politik 7

Aktuell

Die Jukos-Affäre eskaliert erneut. Heiko Pleines, Bremen 10

Die Jukos-Affäre in den Augen der russischen Bevölkerung 11

Chronik der Jukos-Affäre 13

Dokumentation

Die 50 politisch einflussreichsten Personen in Russland im Juni 2004 16

Chronik

Vom 1. bis zum 8. Juli 2004 18

Ha дауу – in die Sommerpause

Die „Russlandanalysen“ machen im Juli und August Sommerpause. Die nächste Nummer – Russlandanalyse 35 – erscheint am 2. September 2004. Geplant ist ein Bericht über die Petersburger „Soldatenmütter“, denen Anfang September der Aachener Friedenspreis verliehen wird.

Jetzt wünschen wir unseren Lesern aber zunächst schöne Ferien und gute Erholung.

Die Russlandanalysen-Redaktion

Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder <www.russlandanalysen.de>

Die neue Realität – Die ersten 100 Tage von Putins zweiter Amtszeit

Alexej Sudin, Zentrum für Politische Technologie, Moskau

Zusammenfassung

Die Wahlen 2003 und 2004 haben eine neue Situation geschaffen. Putin ist endgültig zum dominierenden Akteur geworden. Wichtigstes Ergebnis in der Anfangsperiode von Putins zweiter Amtszeit ist die Schaffung einer neuen „Machtarchitektur“. Die alten Einflusszentren wurden liquidiert, Ministerien zusammengelegt und eine dreigliedrige Regierungsstruktur geschaffen. Die Präsidialadministration wurde nach dem gleichen „pyramidalen“ Modell umgebaut wie die Regierung; die Führungsfunktionen und die persönliche Verantwortung wurden gestärkt. Alte „Clanstrukturen“ spielen keine Rolle mehr, nunmehr werden die Verhältnisse in der Führungsspitze durch funktionale Konflikte bestimmt. Parteien sind politisch weitgehend an den Rand gedrängt. Als Bedrohung werden jedoch die sozialen Konflikte empfunden, die sich gegenwärtig abzeichnen.

Analyse

Die neue Realität – Die ersten 100 Tage von Putins zweiter Amtszeit

Alexej Sudin, Zentrum für Politische Technologie, Moskau

Wann begann die zweite Amtszeit?

Der beeindruckende Sieg der Präsidenten-Partei „Einiges Russland“ bei den Parlamentswahlen, die plebiszitarigen Präsidentschaftswahlen und die Aktionen Putins in den Monaten April und Mai 2004 haben eine neue politische Realität in Russland geschaffen. Putin ist endgültig zum dominierenden Akteur geworden: Er hat seine Handlungsfreiheit gegenüber den Eliten gefestigt und von der Gesellschaft das Mandat für einen politischen Kurs ohne Alternative erhalten.

Es ist dennoch nicht ganz leicht, die ersten hundert Tage von Putins zweiter Amtszeit zu bewerten. Weder chronologisch noch thematisch lässt sich diese Phase eindeutig abgrenzen. So ist nicht ganz klar, wann man die neue Amtszeit des Präsidenten beginnen lassen soll. Die offizielle Amtseinführung fand am 17. Mai 2004 statt. Doch zu diesem Zeitpunkt war der politische Kurs des russischen Staatsoberhauptes schon abgesteckt. Auch der 14. März, der Tag der Präsidentenwahlen, passt nicht ganz, weil ihr Ausgang und ihre politische Bedeutung von vornherein feststanden. „Technisch“ gesehen fing die neue Amtszeit mit Bildung der Regierung Fradkow vorzeitig an. Politisch gesehen sollte man die Rechnung für die zweite Amtszeit Putins gleich nach den Dumawahlen im Dezember 2003 aufstellen, dann müsste man aber mehr als nur den politischen Kurs des Präsidenten analysieren.

Das neue System der Macht

Wichtigstes Ergebnis in der Anfangsperiode von Putins zweiter Amtszeit ist die neue „Architektur der Macht“, die mittels einer Reform der Apparate realisiert wurde. Diese Reform hat vor allem die Regierungsstruktur verändert. Die alten Einflusszentren – die zahlreichen Vizepremier und der Regierungsapparates mit seinem herausgehobenen Status – wurden beseitigt. Ministerien wurden zusammengelegt und es wurde eine dreigliedrige Regierungsstruktur geschaffen (Ministerien – Dienste – Agenturen). Putin verkündete offiziell die Ideologie der „persönlichen Verantwortung von Ministern“, die sich nun nicht mehr hinter dem Premierminister und damit hinter dem Präsidenten „verstecken“ könnten.

Die Präsidialadministration wurden nach dem gleichen „pyramidalen“ Modell umgebaut wie die Regierung: die Führungsfunktionen und die persönliche Verantwortung wurden gestärkt, die Zahl der Stellvertretenen Leiter drastisch gekürzt. Strukturen, die parallel zur denen der Regierung arbeiteten, wurden abgeschafft. Putin wurde so zum vollgültigen Herrn seiner Administrati-

on, die damit einen offen politischen Charakter gewann. Die Stärkung von Putins politischer Kontrolle über die eigene Administration und die Regierung wurden begleitet von einer Verschärfung der Konflikte in der Führungsspitze.

Die Desintegration der Gruppierung um die „Familie“ [*gemeint ist der Jelzin-Clan*], deren Schüsselfiguren Woloschin und Kasjanow von der Macht entfernt wurden, und die Reform der Administration beendeten dann rasch die „Gruppenpolitik“ innerhalb der Führung. Die Mitglieder der „Familie“ verlegten sich auf individuelle Strategien: *de facto* Emigration (Abramowitsch), Abwarten (Kasjanow und Woloschin) oder sie fügten sich bei gleichzeitiger Aufgabe ihrer politischen Autonomie in die Machtstrukturen ein (Surkow, Schuwalow).

Die „Petersburger“ wurden zur dominierenden Gruppe und konnten ihren Einfluss in der Regierung Fradkow ausbauen (Steuern, Bodenschätze, Umwelt, Energie, Transport, Lizenzierung der Massenmedien). Die Gruppenstruktur wurde aber auch bei den „Petersburgern“ zerstört. In der Regierung und der präsidialen Verwaltung entwickelte sich eine polyzentrische Situation. Die Aufgliederung der Regierung in „Superministerien“ schuf eine objektive Grundlage für neue informelle Einflusszentren. Die Abweichung der formalen von der realen Hierarchie und unvermeidliche Defekte in der neuen dreigliedrigen Struktur sorgten für ein beachtliches Konfliktpotential. Die bedeutendsten Konflikte sind in den Beziehungen Fradkow – Kosak, Kudrin – Gref, Kudrin – Schukow angelegt, sie haben aber nicht mehr das gleiche Ausmaß wie früher. Die Gegensätze von „Familie“ und „Petersburgern“ waren nicht nur im Apparat verankert, sondern auch sehr persönlich gewesen, während es entlang der Linie „Silowiki“ – „Liberale“ praktisch keine Unterschiede sichtbar sind. Oft sind die Hauptantagonisten Figuren, die sich von Ideologie und Habitus her nahe stehen (Kudrin – Gref, Kozak – Medwedjew, Setschin – Iwanow). Es entstehen zeitweilige Koalitionen, die die institutionellen Grenzen entlang der Linie „Regierung – Präsidialadministration“ überschreiten (Fradkow und Setschin).

Indem er seine Absicht verkündet hat, einen eigenen Nachfolger aufzubauen, hat Putin dafür gesorgt, dass die Durchsetzung seines politischen Willens bis ganz zum Schluss seiner formellen Amtszeit garantiert ist. In Anbetracht der Tatsache, dass die „Familie“ zerschlagen ist, können die „Petersburger“ sicher sein, dass das Nachfolgeproblem auch unter Berücksichtigung aller möglichen Varianten zu ihren Gunsten gelöst wird. Das Jahr 2008

ist für sie nicht mehr das Hauptproblem (jedenfalls vorläufig).

Der Zustand der politischen Parteien

Der Plebiszit-Präsident hat alle Parteien an den politischen Rand gedrängt. Ihre Aktivitäten sind zum überwiegenden Teil auf das Fernziel der Wahlen des Jahres 2007 gerichtet. Sie nähren sich von der Hoffnung, dass dann Putins Unterstützung in der Gesellschaft abfällt und die politische Situation für die Parteien günstiger wird. Die Präsidentenwahlen 2004 haben gezeigt, dass liberale Politiker weder politisch noch psychologisch gefragt sind. Sich selbst überlassen, spalteten sich die Liberalen in „Konformisten“ und „Oppositionelle“. In der „Union Rechter Kräfte“ (SPS) sind die „Konformisten“ in der Mehrzahl und werden durch Tschubais und Kirijenko vertreten. Bei „Jabloko“ stellen die Konformisten eine klare Minderheit dar (Lukin, Artemjew). Das „Komitee 2008“ ist zum Gravitationszentrum für die „Oppositionellen“ geworden. Die liberalen „Oppositionellen“ haben zurzeit ernste finanzielle Sorgen. Regionale Wahlen zeigen, dass weder SPS noch „Jabloko“ mehr als 5–7% der Wählerstimmen erhalten können. Beide Fraktionen im liberalen Lager setzen auf das Jahr 2007: Die „Konformisten“ rechnen damit, dass der Kreml sie bei den Wahlen brauchen wird, die „Oppositionelle“ glauben, dass das System Putin dann „platzen“ wird.

Die Kontrolle über die Duma hat „Einiges Russland“ nicht in eine vollwertige politische Partei umwandeln können. Die Partei wird weiterhin „von außen“ von der Präsidentschaftsadministration gesteuert. Die Fraktion hat den Prozess der Gesetzgebung monopolisiert, während die in die Parteiführung eingebundenen regionalen Eliten am Rand geblieben sind. Der Kreml kontrolliert die Partei jetzt durch die Fraktion. Entlang dieser Linie werden alle wichtigen politischen Verbindungen errichtet. Der Oberste Rat der Partei, in dem auch Gouverneure sitzen und Regionalinteressen vertreten, hat aber schon den Wunsch ausgedrückt, auf die gesetzgeberische Arbeit Einfluss auszuüben, vor allem bei der Sozialpolitik. Zeichen eines Einfrierens der politischen Komponente, die von vornherein ziemlich schwach war, mehren sich. Abgeordnete verbringen weniger Zeit in der Duma, sie erscheinen nur zu Plenarsitzungen, um abzustimmen. Die Motivation wird geringer, während weiterhin Unsicherheit über die Grenzen „erlaubten Benehmens“ herrschen.

Gemessen an den Ergebnissen der Wahlen des Jahres 2004 ist es der Kommunistischen Partei gelungen, ihre ursprüngliche Autonomie im „System Putin“ und die Dominanz auf dem linken Flügel zu bewahren. Innerparteilich richten sich die Kräfte auf den Parteikongress, der Anfang Juli 2004 stattfindet. *[Die Vorgänge um den X. Parteitag der KPRF am 3. Juli dokumentierten dann die tiefe Spaltung innerhalb der Partei: es fanden parallel zwei*

konkurrierende Parteitage statt, die jeweils ihr Zentralkomitees und ihren Vorsitzenden wählten. Anmerkung der Redaktion]. Das bedeutendste Ereignis war die Zerschlagung einer weiteren innerparteilichen Oppositionsgruppe mit G. Semigin an der Spitze. Offensichtlich beabsichtigt Sjuganow, auch weiterhin an der Spitze der Partei zu bleiben und eine „gelenkte Erneuerung“ der Führung durchzuführen. Diese Erneuerung wird weniger ideologisch als altersbedingt sein, vergrößert aber die Kompatibilität der KP zum demonstrationsbereiten linken Protestpotential, darunter auch den neuen nicht-orthodoxen kommunistischen Radikalismus (junge Menschen, die sich für „revolutionäre Mystik“ und Aufrührer à la Che Guevara begeistern).

Die „Qualität“ der Präsenz der KP im politischen System hat sich verändert: Da sie keine realen Möglichkeiten mehr hat, die neue Gesellschaftsordnung zu zerstören, wird die Partei zur letzten Bastion des politischen Pluralismus. Der Kreml hat Versuche, die linke Opposition zu reformieren, nicht aufgegeben. Das erste Projekt des Kremls ist die Partei „Heimat“ von Rogosin, die allerdings auf dem linken Flügel als Fremdkörper empfunden wird. Sie ist zu erfolgreich und zu nah am Kreml. Das zweite Projekt ist der „Kongress der Patrioten“, der von Semigin auf der Grundlage der Nationalpatriotischen Union Russlands (NPRS) gegründet wurde, mit der Idee, schon früher aus der KP ausgeschiedene linke Politiker (Selesnjow, Glasjew) und die „weichen“ nicht-kommunistischen Linken (Igrunow, Gratschow, die Partei von S. Fedorow) anzuziehen. Beide Projekte haben aber den gleichen Fehler: Sie sind den kommunistischen Wählern nur schwer schmackhaft zu machen.

Der Übergang zum Verhältniswahlrecht

Die Zukunft der politischen Parteien in Putins zweiter Amtszeit wird zu einem großen Teil von der unlängst verkündeten Einführung des Verhältniswahlrechts für das föderale Parlament und die gesetzgebenden Körperschaften in den Regionen bestimmt werden. Die Abschaffung der Direktwahlkreise schränkt die Möglichkeiten von Gouverneuren und regionaler Geschäftselite weiter ein, das Parteiensystem für die direkte Beeinflussung der politischen Entscheidungsträger im föderalen Zentrum und in den Regionen auszunutzen. Es fördert zugleich die Kontrolle des neuen Parteiensystems durch den Kreml. Zusammen mit der Regelung, die vorsieht, dass in der unteren Kammer des Parlamentes unabhängig von den Wahlergebnissen wenigstens vier Parteien repräsentiert sein müssen, schränkt das Verhältniswahlrecht den Einfluss der stärksten Parteien in der unteren Kammer ein.

Ab 2008 kann dieses Vierparteiensystem für die Duma zur Norm werden. Die präsidentiale Partei steht im Zentrum, umgeben von einer begrenzten Anzahl poli-

tischer Gegner, die aus dem Kreml heraus gelenkt werden. Allerdings kann die Kehrseite des Verhältniswahlrechts die Schwächung der Kontakte zu den Wählern in den Wahlkreisen und die Verringerung der Wahlbeteiligung sein. In Verbindung mit den systematischen Bestrebungen des Kremls, die politische Konkurrenz zu schwächen, könnte dies die Lebensfähigkeit des neuen Parteiensystems drastisch verringern.

Neue Bedrohungen: die Verschärfung der sozialen Spannungen

Ein wichtiger Faktor in der politischen Entwicklung ist die Aussicht auf eine Zunahme sozialer Spannungen im Gefolge der von der Regierung geplanten Sozialreformen (Renten-, Gesundheits-, Bildungs- und Kommunalwirtschaftsreform) geworden. Nach Angaben des Lewada-Zentrums (vgl. Tabelle auf Seite 6) waren im April 2004 57% der Befragten der Überzeugung, dass die Rentenreform nicht in ihrem Interesse ist. 62% sprachen sich gegen die Abschaffung der bestehenden Vergünstigungen für Rentner und deren Ersatz durch finanzielle Kompensationen aus. 64% waren der Meinung, dass die Reform der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft sich nur in Preiserhöhungen und nicht in einer Verbesserung der Qualität von kommunalen Dienstleistungen niederschlagen werde.

Freilich war die öffentliche Meinung zu Anfang der Sozialreformen im Ganzen nicht auf Protest gestimmt. Im Mai 2004 hielten nur 19% Massendemonstrationen an ihrem Wohnort für möglich (2003 waren es 21%). Die Bereitschaft, selbst an Protestaktionen teilzunehmen, hielt sich auf ziemlich niedrigem Niveau, typisch für die Jahre 2001–2003 (21%–22%). Gleichzeitig zeigen aber die Demonstrationen gegen die „Monetarisierung“ von sozialen Vergünstigungen und die Hungerstreiks von Angestellten in der Privatwirtschaft wegen ausstehen-

der Löhne im Frühjahr und Frühsommer 2004, dass die „Windstille“ nach den Wahlen zu Ende geht und die soziale Lage sich „aufheizt“.

Der Kreml versucht, die Proteststimmung zu „steuern“ und rechnet damit, diese Stimmung von der föderalen Regierung auf Oligarchen und Gouverneure umlenken zu können. Die Hungerstreiks von Angestellten in der Privatwirtschaft haben die Regierung dazu bewegt, eine Reihe von Strafverfahren gegen Arbeitgeber einzuleiten, die Löhne nicht ausgezahlt haben. Die Regierung will auch den politisch loyalen Gewerkschaftsdachverband Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands (FNPR) in Verhandlungen einbeziehen (Ende Mai 2004 wurde der einzig verbliebene Vizepremier Shukow zum Koordinator der Trilateralen Kommission für soziale und Arbeitsbeziehungen ernannt, der sich schon Anfang Juni mit dem Führer der FNPR, Schmakow, traf).

Noch sieht die politische Position des Kremls ziemlich stark aus. Putin hat sich gegenüber der Regierung Fradkow günstig positioniert. Die von ihm eingenommene Funktion als „sozialer Kritiker“ der Reformen wie auch die Ideologie der „persönlichen Verantwortung“ der Minister bestätigt die Rolle der neuen Regierung als politischer Puffer. Die umfangreiche Liste der Reformen, die in der zweiten Amtszeit durchgeführt werden müssen, geben Putin viel Spielraum für politische Manöver. Theoretisch kann auch ein Rücktritt der Regierung nicht ausgeschlossen werden, allerdings wird es schwieriger als gewöhnlich sein, dieses Instrument auszunützen: Höchstwahrscheinlich ist der Rücktritt der Regierung im Rahmen des „Projekts Nachfolger“ geplant. Der Startschuss für dieses Projekt wird nicht vor dem Jahr 2006 fallen.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über den Autor:

Alexej Jurewitsch Sudin ist Politologe und Professor an der renommierten „Higher School of Economics“ in Moskau. Er leitet die Abteilung für politologische Programme des „Zentrum für Politische Technologie“, eines Moskauer „think tanks“.

Lesetipps:

Informationen über die Umgestaltung von Regierung und Präsidentialadministration finden Sie in den Russlandanalysen 19, 20 und 22, abrufbar unter der Webadresse <www.russlandanalysen.de>

Tabellen und Graphiken zum Text

Sonderrechte und Pensionszuschläge

Würden Sie die Entscheidung unterstützen, die Sonderrechte von Rentnern bei der Bezahlung kommunaler Dienstleistungen, Telefon, Arzneimittel, und Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch einen Rentenzuschlag zu ersetzen?

	<i>April 2004</i>	<i>Juli 2004</i>
Unterstütze ich ganz/unterstütze ich teilweise	30%	35%
Lehne ich eher ab/ lehne ich völlig ab	63%	55%
Weiß nicht	7%	10%

Quelle: Angaben des Lewada-Zentrums <www.levada.ru./press/2004070101.html>

	<i>Haben Sie oder andere Mitglieder Ihrer Familie Anspruch auf irgendwelche Sonderrechte? Wenn ja, auf welche?</i>	<i>Welche der Sonderrechte aus dieser Liste nutzen Sie wirklich?</i>
Freie Fahrt mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln	38%	30%
Bei der Miete und kommunalen Dienstleistungen	35%	33%
Freie Fahrt in Vorortzügen	24%	17%
Bei den Telefonkosten	21%	15%
Bei der Bezahlung von Arzneimitteln und medizinischen Dienstleistungen	19%	12%
Freie Fahrt im ganzen Land (einmal im Jahr)	8%	5%
Bei der Bezahlung von Kuraufenthalten	8%	3%
Andere	1%	1%
Habe keine Sonderrechte	49%	48%
Kenne keine Sonderrechte, die mich betreffen	3%	6%

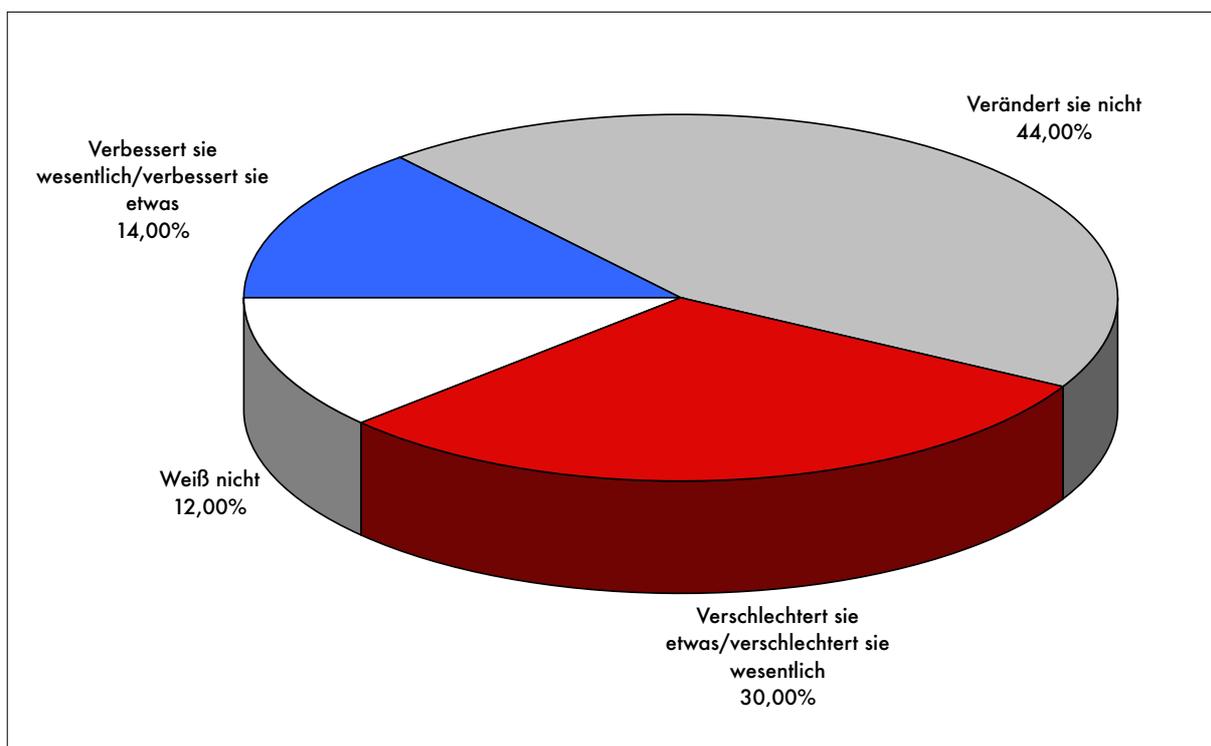
Quelle: Angaben des Lewada-Zentrums <www.levada.ru./press/2004070101.html>

Was meinen Sie, wirkt sich die Ablösung der Sonderrechte durch Geldkompensation auf die Lage Ihrer Familie aus, und, wenn ja, in welcher Weise?

Verbessert sie wesentlich/verbessert sie etwas	14%
Verändert sie nicht	44%
Verschlechtert sie etwas/verschlechtert sie wesentlich	30%
Weiß nicht	12%

Quelle: Angaben des Lewada-Zentrums <www.levada.ru./press/2004070101.html>

Was meinen Sie, wirkt sich die Ablösung der Sonderrechte durch Geldkompensation auf die Lage Ihrer Familie aus, und, wenn ja, in welcher Weise?

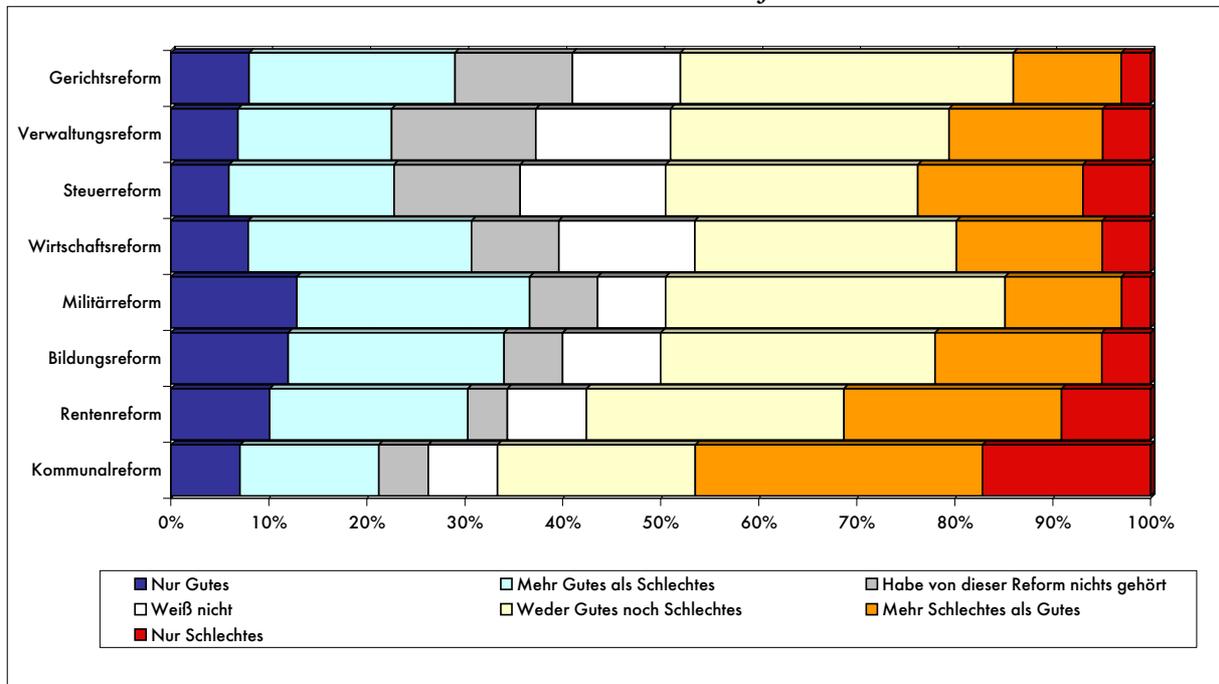


Was erwarten Sie und Ihre Familie von den derzeit betriebenen Reformen?

		Reform der Wohnungs- und Kommunalverwaltung	Rentenreform	Bildungsreform	Militärreform	Wirtschaftsreform	Steuerreform	Verwaltungsreform	Gerichtsreform
Nur Gutes	A	7%	10%	12%	13%	8%	6%	7%	8%
Mehr Gutes als Schlechtes	B	14%	20%	22%	24%	23%	17%	16%	21%
Weder Gutes noch Schlechtes	C	20%	26%	28%	35%	27%	26%	29%	34%
Mehr Schlechtes als Gutes	D	29%	22%	17%	12%	15%	17%	16%	11%
Nur Schlechtes	E	17%	9%	5%	3%	5%	7%	5%	3%
Habe von dieser Reform nichts gehört	F	5%	4%	6%	7%	9%	13%	15%	12%
Weiß nicht	G	7%	8%	10%	7%	14%	15%	14%	11%
Summe		99%	99%	100%	101%	101%	101%	102%	100%
Befürwortung	A+B	21%	30%	34%	37%	31%	23%	23%	29%
Gleichgültigkeit/Ablehnung	C+D+E	66%	57%	50%	50%	47%	50%	50%	48%

Quelle: Angaben des Lewada-Zentrums <www.levada.ru/press/2004061604.html>

Was erwarten Sie und Ihre Familie von den derzeit betriebenen Reformen?



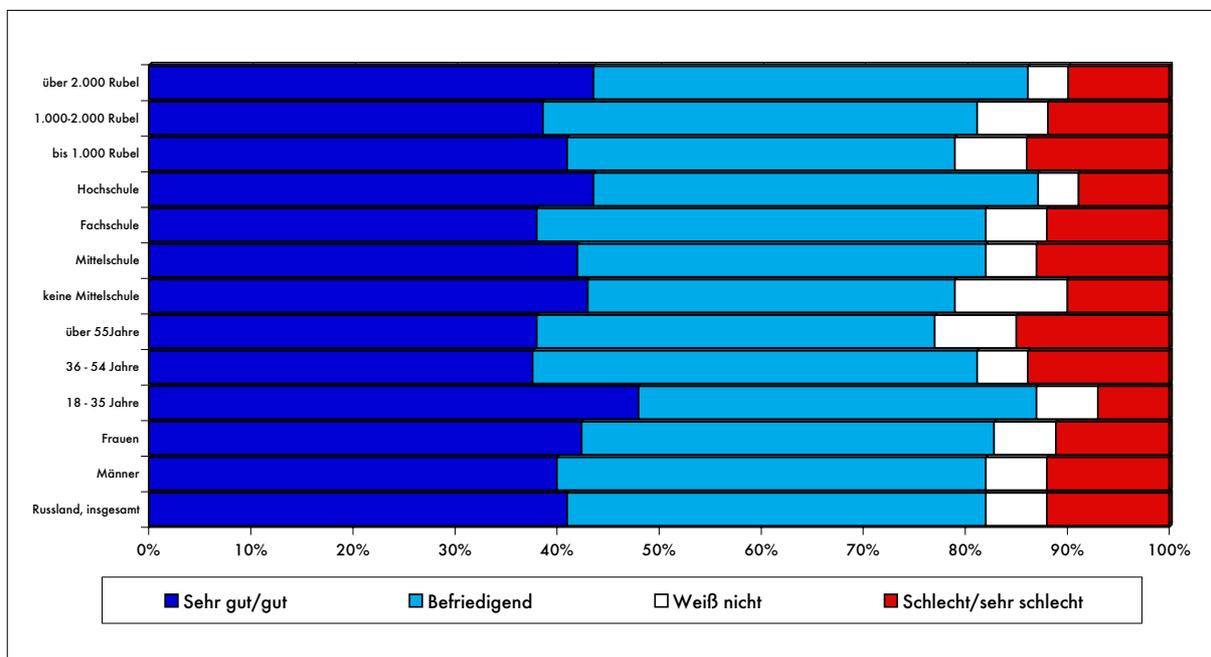
Bewertung des Präsidenten und der Politik

Wie beurteilen Sie die Arbeit Putins im Amt des Präsidenten: Sehr gut, gut, befriedigend, schlecht oder sehr schlecht?

	Russland, insgesamt	Geschlecht		Lebensalter			Bildung				Prokopfeinkommen		
		Männer	Frauen	18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	bis 1.000 Rubel	1.000–2.000 Rubel	über 2.000 Rubel
Anteil der Gruppe	100%	47%	53%	33%	38%	28%	18%	34%	36%	12%	26%	30%	32%
Sehr gut/gut	41%	40%	42%	48%	38%	38%	43%	42%	38%	44%	41%	39%	44%
Befriedigend	41%	42%	40%	39%	44%	39%	36%	40%	44%	44%	38%	43%	43%
Schlecht/sehr schlecht	12%	12%	11%	7%	14%	15%	10%	13%	12%	9%	14%	12%	10%
Weiß nicht	6%	6%	6%	6%	5%	8%	11%	5%	6%	4%	7%	7%	4%

Quelle: Angaben des "Fond Öffentliche Meinung" (FOM) <<http://bd.fom.ru/zip/tb0425.zip>>

Wie beurteilen Sie die Arbeit Putins im Amt des Präsidenten: Sehr gut, gut, befriedigend, schlecht oder sehr schlecht?



In welchem Maße vertrauen Sie Wladimir Putin?

	<i>März 2004</i>	<i>Mai 2004</i>
Vertraue ihm vollkommen	19%	14%
Vertraue ihm ziemlich	57%	57%
Vertraue ihm eher nicht	12%	17%
Vertraue ihm ganz und gar nicht	4%	6%
Weiß nicht	7%	6%
	99%	100%

Mit welchen Worten würden Sie Ihre Einstellung zu Wladimir Putin beschreiben?

Begeisterung	4,0%	3,0%
Sympathie	34,0%	32,0%
Kann nichts schlechtes über ihn sagen	37,0%	34,0%
Neutral, gleichgültig	13,0%	13,0%
Vorsichtig abwartend	4,0%	8,0%
Kann nichts gutes über ihn sagen	5,0%	6,0%
Antipathie	1,0%	2,0%
Abscheu	0,1%	1,2%
Weiß nicht	2,0%	2,0%
	100,1%	101,2%

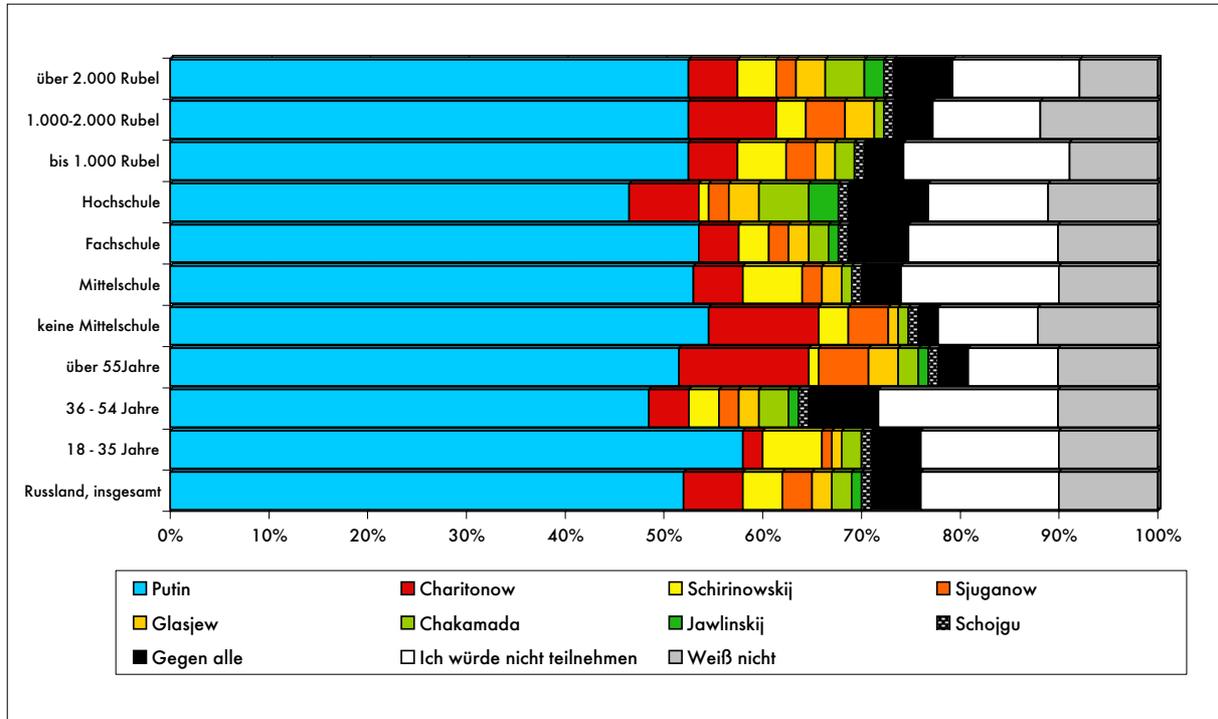
Quelle: Angaben des Lewada-Zentrums <www.levada.ru./press/2004060801.html>

Stellen Sie sich vor, dass nächsten Sonntag Präsidentenwahlen wären. Für welchen der aufgeführten Politiker würden Sie stimmen?

	<i>Russland, insgesamt</i>	<i>Lebensalter</i>			<i>Bildung</i>				<i>Prokopfeinkommen</i>		
		<i>18 – 35 Jahre</i>	<i>36 – 54 Jahre</i>	<i>über 55 Jahre</i>	<i>keine Mittelschule</i>	<i>Mittelschule</i>	<i>Fachschule</i>	<i>Hochschule</i>	<i>bis 1.000 Rubel</i>	<i>1.000–2.000 Rubel</i>	<i>über 2.000 Rubel</i>
Anteil der Gruppe	100%	34%	38%	28%	18%	34%	36%	13%	24%	32%	31%
Putin	52%	58%	48%	51%	54%	53%	53%	46%	53%	53%	53%
Charitonow	6%	2%	4%	13%	11%	5%	4%	7%	5%	9%	5%
Schirinowskij	4%	6%	3%	1%	3%	6%	3%	1%	5%	3%	4%
Sjuganow	3%	1%	2%	5%	4%	2%	2%	2%	3%	4%	2%
Glasjew	2%	1%	2%	3%	1%	2%	2%	3%	2%	3%	3%
Chakamada	2%	2%	3%	2%	1%	1%	2%	5%	2%	1%	4%
Jawlinskij	1%	0%	1%	1%	0%	0%	1%	3%	0%	0%	2%
Schojgu	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%
Gegen alle	5%	5%	7%	3%	2%	4%	6%	8%	4%	4%	6%
Ich würde nicht teilnehmen	14%	14%	18%	9%	10%	16%	15%	12%	17%	11%	13%
Weiß nicht	10%	10%	10%	10%	12%	10%	10%	11%	9%	12%	8%

Quelle: Angaben des "Fond Öffentliche Meinung" (FOM) <<http://bd.fom.ru/zip/tb0425.zip>>

Stellen Sie sich vor, dass nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen wären. Für welchen der aufgeführten Politiker würden Sie stimmen?



Bewertung der Regierungen Kasjanow und Fradkow

	<i>Regierung Kasjanow, Oktober 2003</i>	<i>Regierung Fradkow, Mai 2004</i>
Wird mit Preiswachstum und Sinken der Einkünfte der Bevölkerung nicht fertig	48%	45%
Sorgt sich nicht um den sozialen Schutz der Bevölkerung	45%	43%
Kann die Menschen nicht mit Arbeit versorgen	27%	33%
Nicht effizient bei der Bekämpfung der Kriminalität	22%	19%
Kann die Sicherheit der Bürger nicht gewährleisten, wird mit dem Terrorismus nicht fertig	21%	18%
Wird mit Wirtschaftskrise und Rückgang der Produktion nicht fertig	20%	23%
Ist korrupt, handelt im eigenen Interesse	20%	19%
Hat kein durchdachtes Antikrisenprogramm	15%	15%
Führt einen "merkwürdigen" Krieg in Tschetschenien	9%	9%
Handelt im Interesse des Schatten- und Mafiakapitals	9%	7%
Hat niedriges Kompetenzniveau	7%	7%
Handelt im Interesse des ausländischen Kapital	5%	4%
Habe keine Ansprüche an die die Tätigkeit der Regierung	7%	8%

Quelle: Angaben des Lewada-Zentrums <www.levada.ru./press/2004060801.html>

Aktuell

Die Jukos-Affäre eskaliert erneut

Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Am Mittwoch, den 7. Juli 2004, haben die russischen Justizbehörden wegen ausstehender Steuerschulden von 2,8 Mrd. Euro ein Vollstreckungsverfahren gegen den russischen Ölkonzern Jukos eingeleitet. Zusammen mit weiteren drohenden Steuernachforderungen von geschätzten 8 Mrd. Euro könnte dies den Konzern in den Konkurs treiben.

Der juristische Aspekt

Die bisherigen Steuernachforderungen beziehen sich auf die Überprüfung der Unternehmensbilanzen aus den Jahren 2000 und 2001. Die Prüfungen für die Jahre 2002 und 2003 stehen noch aus. Da Jukos alle Möglichkeiten den Einspruchs nutzt, ziehen sich die entsprechenden Gerichtsverfahren jeweils über mehrere Monate hin. Die Korrektheit des Verfahrens ist von verschiedenen Seiten angezweifelt worden. Offensichtliche Rechenfehler in den Forderungen der Steuerbehörden wurden vom Gericht als unwesentlich abgetan. Eine Richterin wurde auf Betreiben der Steuerbehörden ausgewechselt.

Der entscheidende Kritikpunkt ist aber die Selektivität des Vorgehens der Steuerbehörden. Die zentralen von Jukos zur „Steuerminimierung“ benutzten Verfahren sind von allen russischen Ölkonzernen verwendet worden. Von Sibneft etwa in prozentual deutlich größerem Umfang. Gleichzeitig hatte die staatliche Rechnungsprüfungskammer festgestellt, dass die Verfahren Schlupflöcher in der Steuergesetzgebung genutzt hätten und deshalb rechtlich nicht zu belangen seien. Die Regierung hatte daraufhin erklärt, die Verfahren seien „zwar unmoralisch, aber legal“, den Druck auf die Ölfirmen aber aufrecht erhalten. Als einzige Firma leistete Lukoil im Rahmen einer gütlichen Einigung eine Steuernachzahlung. Trotzdem wurde im folgenden nur gegen Jukos ein Gerichtsverfahren eingeleitet, während die anderen Ölfirmen unbehelligt blieben.

Der Prozess gegen die Firma Jukos wegen Steuerhinterziehung läuft parallel zu dem – mittlerweile zusammengelegten – Verfahren gegen zwei führende Jukos-Aktionäre. Der ehemalige Konzernchef Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew sitzen seit letztem Jahr unter dem Vorwurf von Betrug und Steuerhinterziehung in Untersuchungshaft. Ein Urteil wird erst für Ende des Jahres erwartet. Die Verteidigung der beiden Jukos-Aktionäre hat wiederholt Verfahrensfehler bemängelt. Auch die Anordnung von mehrmonatiger Untersuchungshaft bei Fällen von Wirtschaftskriminalität ist zumindest ungewöhnlich.

Die Zukunft von Jukos

Das aktuelle Vorgehen der russischen Behörden ist eindeutig darauf gerichtet, Jukos in den Konkurs zu treiben. Der Konzern hat nach eigenen Angaben derzeit liquide Mittel von gut 1 Mrd. Euro für Zahlungen zur Verfügung. Um die übrigen Forderungen zu erfüllen hat Jukos sowohl seine Anteile an der Ölfirma Sibneft als auch den Jukos-Anteil von Chodorkowskij angeboten. Beide Angebote sind von den Behörden ignoriert worden. Stattdessen zeichnet sich ab, dass – entgegen der gesetzlichen Vorschriften für die Prioritätensetzung bei der Schuldeneintreibung – Eigentum aus den Produktionsbetrieben von Jukos beschlagnahmt wird.

Die Tatsache, dass sich die Behörden bisher jeglichen Gesprächen mit Jukos verweigert haben, macht eine gütliche Einigung derzeit unwahrscheinlich, obwohl rechtlich eine bis zu dreijährige Verhandlungsfrist vor Einforderung der Zahlung möglich ist. Eine solche Einigung wäre aber wohl nur mit der persönlichen Zustimmung von Präsident Putin möglich. Das Beispiel von Wladimir Malin, der als Leiter des Fonds für Staatsvermögen eine gütliche Einigung mit den Jukos-Eignern im Verfahren um die Privatisierung des Apatit-Chemiewerkes aushandelte, und deswegen jetzt unter dem Vorwurf der Bestechlichkeit vor Gericht steht, dürfte auf die für die Steuerforderungen zuständigen Beamten abschreckend wirken.

Dementsprechend haben sich alle beteiligten Parteien bereits für das Konkursverfahren positioniert. Die in der Menatep-Gruppe zusammengefassten Mehrheits-eigner von Jukos haben einen Teil der Jukos-Schulden aufgekauft bzw. umstrukturiert und würden deshalb in einem Konkursverfahren als Hauptgläubiger auftreten. Die ausländischen Gläubigerbanken von Jukos haben durch die offizielle Feststellung eines Zahlungsverzuges ebenfalls ihre Ansprüche angemeldet. Ausländische Minderheitsaktionäre von Jukos planen Klagen gegen die Konzernleitung und gegen die russische Regierung. In Anbetracht der bisherigen Manipulationen in den Verfahren der Jukos-Affäre ist der Ausgang des Konkursverfahrens nicht zu prognostizieren.

Der politische Aspekt

Jukos hatte sich in den letzten Jahren nicht nur zum größten russischen Ölkonzern entwickelt sondern war bezogen auf seine Geschäftspraktiken auch vom Saulus zum Paulus geworden. Während die Unternehmensleitung um Chodorkowskij sich in den 1990er Jahren re-

gelmäßig mit Vorwürfen der Übervorteilung von Minderheitsaktionären, des Kapitalabzugs und der Manipulation konfrontiert sah, erhielt Jukos 2003 von allen russischen Ölkonzernen die beste Note für seine corporate governance. (siehe den Beitrag in Russlandanalyse Nr. 28)

Das trotzdem ausgerechnet Jukos Opfer der Steuerbehörden wurde, wird allgemein mit den politischen Ambitionen Chodorkowskijs in Verbindung gebracht, der die Opposition gegen Präsident Putin intensiv unterstützte und sich als Förderer eines liberalen Projektes positionierte. (Zu den politischen Hintergründen der Jukos-Affäre siehe Russlandanalyse Nr. 6.) Das harte Vorgehen gegen einen der bekanntesten Oligarchen brachte Putin gleichzeitig Pluspunkte in den Wahlkämpfen 2003 und 2004. (siehe die Tabelle unten auf dieser Seite)

Während Putins Vorgehen in der Jukos-Affäre allgemein interpretiert wurde als klare Botschaft an die Unternehmer, sich nicht in die Politik einzumischen, wurden in der Politik auch zunehmend Stimmen laut, die nicht nur die politischen sondern auch die wirtschaftlichen Aktivitäten von Großunternehmern in Frage stellten. Der ehemalige Innenminister und Vorsitzender der Dumafraktion der Putin-nahen Partei Edinstwo etwa erklärte, dass russische Bodenschätze „nicht einer Firma oder einer Person gehören, sondern dem russischen Volk.“ Putin hat derartige Äußerungen nie unterstützt. Aber er hat sie auch nicht unterbunden. In Anbetracht der Tatsache, dass er noch Mitte Juni erklärt hat, der Staat habe kein Interesse an einem Konkurs von Jukos, wird in Wirtschaftskreisen zunehmend die Frage nach der Glaubwürdigkeit von Präsident Putin gestellt.

Das Investitionsklima

Solange sich die staatliche Attacke auf die Person Chodorkowskijs konzentrierte, das heißt bis zum Frühjahr, stellte sie für die Wirtschaft keine wesentliche Belastung dar. Sie wurde als Strafe für politisches Engagement

verstanden, was im Umkehrschluss bedeutete, dass politisch nicht aktive Unternehmer nichts zu befürchten hatten. Dementsprechend gingen die Auslandsinvestitionen nicht zurück und auch der Kurs der Jukos-Aktie lag noch nicht unter seinem Niveau zu Beginn der Affäre. (siehe den Beitrag in Russlandanalyse Nr.17)

Als aber zunehmend vermutet wurde, dass die Jukos-Affäre nicht nur die Person Chodorkowskijs sondern zumindest auch die Firma Jukos ausschalten solle und unter Umständen sogar weitere Firmen betreffen wird, nahm die Besorgnis bei Unternehmern zu. Der russische Unternehmerverband erklärte vor seinem Gespräch mit Putin Anfang Juli das Investitionsklima zum zentralen Thema machen zu wollen. Klaus Mangold, Vorsitzender des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft kommentierte, der Konkurs von Jukos würde „ein Schock für die Märkte sein“. Unter Verweis auf die politischen Risiken und namentlich die Jukos-Affäre erklärt die Agentur Standard & Poor's, dass sie das Länderrating Russlands trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklung nicht heraufsetzen werde. Der amerikanische Ölkonzern ChevronTexaco hat seine Investitionspläne für Russland auf Eis gelegt.

Trotzdem ist die grundsätzliche Haltung der Investoren gegenüber Russland noch nicht umgeschlagen. Die Mehrheit scheint vielmehr vor einer möglichen Verschlechterung zu warnen, ohne wirklich an diese zu glauben. Der Kurs der Yukos-Aktie an der New Yorker Börse liegt derzeit mit 30 US-Dollar auf dem selben Stand wie 2002. Dies ist ein Minus von 50% gegenüber dem Höchstkurs, aber nicht der Wert einer Firma, die vor dem Konkurs steht. Es scheint also noch viele Investoren zu geben, die Putin glauben, dass er nur die politische nicht aber die wirtschaftliche Sphäre kontrollieren will. Das Modell einer gelenkten Demokratie mit freier Marktwirtschaft steht für Russland derzeit wahrscheinlich wirklich nicht zur Diskussion.

Die Jukos-Affäre in den Augen der russischen Bevölkerung

Welche Gefühle rief bei Ihnen die Verhaftung Chodorkowskijs hervor?

Freude und Befriedigung*	33%
Erstaunen	19%
Unruhe, Furcht, Empörung*	10%
Mir fällt die Antwort schwer	38%

*Inhaltliche Zusammenfassung der passenden freien Antworten

Nach: http://www.polit.ru/research/ideal/2004/06/07/gudkov_jukos.html (in Prozent der Befragten, November 2003)

Steckt Putin hinter dem Jukos-Verfahren?

Was meinen Sie, handelt die Generalstaatsanwaltschaft im Jukos-Verfahren selbständig oder führt sie Putins Auftrag aus?

Selbständig	26%
Im Auftrag Putins	30%
Mir fällt die Antwort schwer	44%

Nach: http://www.polit.ru/research/ideal/2004/06/07/gudkov_jukos.html

Wie erklären Sie das Vorgehen gegen "Jukos"?

Was meinen Sie zu den Strafverfahren gegen Jukos und den Verhaftungen von Jukos-Managern? Welchen der folgenden Aussagen können Sie am ehesten zustimmen?

Aussagen	Juni 2003	November 2003
Die Affäre hat mit Finanzmanipulationen des Jukos-Managements und nichts mit der Politik zu tun	15%	26%
Das ist ein Machtkampf zwischen verschiedenen politischen Klans	18%	18%
Das ist eine Wahlkampfaktion, um die Popularität der Regierung zu erhöhen und um die Wirtschaft aus der Politik zu vertreiben	18%	9%
Es ist der Anfang einer großangelegten Kampagne gegen die Oligarchen	11%	12%
Es ist eine Maßnahme, um das "nichtrussische" Kapital in Russland zu begrenzen	4%	3%
Davon habe ich nichts gehört	17%	18%
Mir fällt die Antwort schwer	17%	14%

Nach: http://www.polit.ru/research/ideal/2004/06/07/gudkov_jukos.html (in Prozent der Befragten, 2003)

Warum hat sich "die Macht" Jukos gerade jetzt ausgesucht? Hat Jukos mehr "Dreck am Stecken" oder hat Jukos "die Macht" nur mehr geärgert? (In Prozent der Befragten, November 2003)

Jukos hat mehr Dreck am Stecken	31%
Jukos hat die Machthaber mehr geärgert	35%
Mir fällt die Antwort schwer	34%

Nach: http://www.polit.ru/research/ideal/2004/06/07/gudkov_jukos.html

Schränkt die Kampagne die Rolle der "Oligarchen" wirklich ein?

Soll die Kampagne gegen Jukos den wirtschaftlichen und politischen Einfluss der Oligarchen ernsthaft beschränken oder soll sie sie nur erschrecken, so dass sie ihren Einfluss behalten?

Ernsthafte Beschränkung	24%
Zur Abschreckung	57%
Residuum	19%

Nach: http://www.polit.ru/research/ideal/2004/06/07/gudkov_jukos.html

Meinen Sie, daß in Anbetracht der Ereignisse um Jukos in Russland mehr oder weniger Gesetzlichkeit und Ordnung herrschen, oder das sich die Lage diesbezüglich nicht geändert hat? (Oktober 2003, in Prozent der Befragten)

Es herrschen weniger Gesetzlichkeit und Ordnung	9%
Es herrschen mehr Gesetzlichkeit und Ordnung	26%
Die Lage hat sich nicht geändert	47%
Mir fällt die Antwort schwer, oder keine Antwort	18%

Nach: http://www.polit.ru/research/ideal/2004/06/07/gudkov_jukos.html

Chronik der Jukos-Affäre

19.2.2003	Bei einem Treffen mit Putin kritisiert Chodorkowskij die mangelnde Transparenz einiger Privatisierungsauktionen. Darauf kritisiert Putin die mangelnde Transparenz einiger Geschäfte von „Jukos“.
22.4.2003	Die Mineralölunternehmen „Jukos“ und „Sibneft“ kündigen an, dass sie fusionieren werden. An der Spitze des neuen Konzerns wird der Vorstandsvorsitzende von „Jukos“ Michail Chodorkowskij stehen. Der Präsident von „Sibneft“, Jewgenij Schwidler, soll Vorsitzender des Direktorenrates werden. Die Vereinigung soll bis Jahresende abgeschlossen sein.
Mai 2003	Veröffentlichung des Berichts eines „Rats für nationale Strategie“ (SNS) über die Verschwörung der „Oligarchen“ zur Machtergreifung in Russland. Der Bericht wurde angeblich von Viktor Iwanow, dem Stellvertretenden Leiter der Präsidentschaftsverwaltung, angeregt.
19.6.2003	Verhaftung des Sicherheitschefs von „Jukos“, Alexej Pitschugin. Ihm wird Anstiftung zum Doppelmord vorgeworfen.
2.7.2003	Platon Lebedjew, Miteigentümer des Mineralölunternehmens „Jukos“, wird festgenommen und verhört. Ihm wird vorgeworfen, bei der Privatisierung des Chemieunternehmens „Apatit“ den Staat um 283 Mio. Rubel (heute ca. 8–9 Mio. Euro) betrogen zu haben.
4.7.2003	Michail Chodorkowskij und Leonid Newslin werden von der Generalstaatsanwaltschaft einvernommen. In den Büros von „Jukos“ und „Apatit“ werden Unterlagen beschlagnahmt.
9.7.2003	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass gegen das Mineralölunternehmen „Jukos“ ein Untersuchungsverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet worden ist.
9.7.2003	Durchsuchung der Bank „MENATEP-Sankt Petersburg“, die eng mit „Jukos“ verbunden ist.
11–12.7.2003	Die Räume der Aktiengesellschaft „Apatit“ werden durchsucht.
11.7.2003	Durchsuchung von „MENATEP“, das „Jukos Universal Ltd“ kontrolliert.
16.7.2003	Präsident Putin verweigert dem Vorsitzenden des russischen Unternehmerverbandes ein Gespräch über „Jukos“.
16.7.2003	Die Generalstaatsanwaltschaft fordert das Steuerministerium auf, die Aktivitäten von „Jukos“ zu untersuchen.
6.8.2003	Durchsuchung von „Sibintek“, einem Unternehmen, das „Jukos“ nahesteht.
14.8.2003	Das Antimonopol-Ministerium gestattet den Zusammenschluss der Mineralölunternehmen „Jukos“ und „Sibneft“ unter Auflagen. Die Firmen haben bis Ende des Jahres Zeit, den Zusammenschluss zu vollziehen.
3.9.2003	Gleb Pawlowskij, ein Politikberater, der Alexander Woloschin nahe steht, veröffentlicht „dienstliche Aufzeichnungen“, in denen er behauptet, dass eine Gruppe um Sergej Pugatschow, dem früheren Chef der Meshprombank, hinter dem Vorgehen gegen die Mineralölfirma „Jukos“ stehe. Der Gruppierung sollen auch führende Mitglieder der Präsidentschaftsverwaltung angehören.
4.9.2003	„Jukos“ kauft die liberale Wochenzeitung „Moskowskie nowosti“. Neuer Chefredakteur wird Jewgenij Kiseljow, früherer Mitbesitzer und leitender Redakteur von NTV, dem privaten Fernsehsender des Medienunternehmers Gusinskij, der im Jahr 2000 vor Verfolgungen der Staatsanwaltschaft ins Ausland ausgewichen ist.
4.9.2003	Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren gegen „Jukos-Moskau“.
3.10.2003	Durchsuchung des Geschäftsklubs von „Jukos“ sowie des von „Jukos“ geförderten Internats in Korolow.
5.10.2003	Durchsuchung des Büros von Anton Drel, der Platon Lebedjew als Verteidiger vertritt.
6.10.2003	Chodorkowskij erklärt, er werde nicht ins Ausland gehen.
16.10.2003	Anton Drel wird von der Staatsanwaltschaft vorgeladen.
17.10.2003	Die Staatsanwaltschaft eröffnet ein Untersuchungsverfahren gegen Wasilij Schachnowskij, den Vorsitzenden von „Jukos-Moskau“. Schachnowskij besitzt 7% der „Jukos“-Aktien.
21.10.2003	Die Staatsanwaltschaft durchsucht den Petersburger Hauptsitz der Bank „MENATEP-Sankt Petersburg“ unter dem Vorwurf der Steuerhinterziehung.
21.10.2003	Die Generalstaatsanwaltschaft ersucht das Ministerium für Bodenschätze zu prüfen, ob „Jukos“ die bei der Lizenzvergabe für die Ölbohrstellen gemachten Auflagen erfüllt hat.
22.10.2003	Der „Russische Industriellen- und Unternehmerverband“ (RSPP), die „Vereinigung unternehmerischer Organisationen Russlands“ (OPORA) und die gesellschaftliche Organisation „Delovaja Rossija“ („Business-Russland“) richten einen Brief an den Präsidenten, der das staatliche Vorgehen gegen Unternehmer kritisiert.

23.10.2003	Die Staatsanwaltschaft durchsucht im Rahmen des Steuerhinterziehungsverfahrens gegen „Jukos“ die Räume der „Agentur für strategische Kommunikation“ und stellt Festplatten, zahlreiche Unterlagen sowie 700.000 US\$ in bar sicher. Bei der Haussuchung werden auch wichtige Dokumente von „Jabloko“ beschlagnahmt und zwei Abgeordnete der Partei acht Stunden festgehalten. Die Agentur berät „Jabloko“ im Wahlkampf.
25.10.2003	Michail Chodorkowskij wird auf dem Flughafen von Novosibirsk unter dem Vorwurf des Steuerbetrugs von der Polizei festgenommen und nach Moskau verbracht.
27.10.2003	„Exxon-Mobile“ und „Chevron“ unterbrechen die Gespräche über eine Beteiligung bei „Jukos“. Seit der ersten Jahreshälfte war über eine ausländische Beteiligung bei „Jukos“ spekuliert worden. Im Sommer hatten sich Gerüchte verdichtet, dass „Jukos“ 25% seiner Aktien an die US-Unternehmen verkaufen werde.
27.10.2003	Präsident Putin erklärt bei einer Kabinettsitzung, dass er sich nicht mit Vertretern des „Russischen Industriellen- und Unternehmerverbandes“ (RSPP) treffen wird, um den Fall „Jukos“ zu erörtern.
27.10.2003	Das Parlament des Autonomen Kreises der Ewenken wählt Wassilij Schachnowskij zu seinem Vertreter im Föderationsrat. Schachnowskij, der Vorsitzende von „Jukos-Moskau“, ist derzeit in Haft. Da die Mitglieder des Föderationsrats Immunität genießen, müsste er aus dem Gefängnis entlassen werden. Die Staatsanwaltschaft leitet ein Untersuchungsverfahren ein, um die Rechtmäßigkeit der Wahl zu überprüfen.
30.10.2003	Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt im Zuge des Verfahrens gegen eine Reihe von „Jukos“-Managern 44% der „Jukos“-Aktien.
2.11.2003	In einem Interview für den Fernsehsender „Rossija“ ermahnt der neue Leiter der Präsidialverwaltung, Dmitrij Medwedjew, die Verwaltungs- und Rechtsorgane, die ökonomischen Folgen ihrer Handlungen zu bedenken. Er bezeichnet es u.a. als einen Fehler, dass die Justiz die „Jukos“-Aktien beschlagnahmt hat.
3.11.2003	Michail Chodorkowskij, der Vorstandsvorsitzende von „Jukos“, der sich derzeit in Untersuchungshaft befindet, gibt bekannt, dass er seine Position bei „Jukos“ aufgibt und das Unternehmen verlässt.
3.11.2003	Leonid Newslin, Anteilseigner von „Jukos“ und bis vor kurzem der zweite Mann in der Leitung dieses Unternehmens, erhält einen israelischen Pass unter Beibehaltung seiner russischen Staatsbürgerschaft. Newslin hält sich gegenwärtig in Israel auf.
4.11.2003	Der Direktorenrat von „Jukos-Moskau“, der die Aktivitäten der „Jukos“-Gruppe koordiniert, bestimmt Semen Kukes, den früheren Leiter des Mineralölunternehmens TNK, zum Vorsitzenden.
5.11.2003	Witalij Artjuchow, der Minister für Bodenschätze, erklärt in der „Rossijskaja gaseta“, dass „Jukos“ die Förderlizenzen entzogen werden könnten.
6.11.2003	Ein Gericht der Region Krasnojarsk erklärt die Wahl des ehemaligen Chefs des Unternehmens „Jukos-Moskau“, Wasilij Schachnowskij, zum Senator des Autonomen Bezirks der Ewenken für ungültig.
11.11.2003	Das Moskauer Stadtgericht weist im Falle Chodorkowskij den Antrag auf Haftentlassung ab.
14.11.2003	Putin besucht den 13. Kongress des russischen Unternehmerverbandes RSPP. Er versichert, „Macht und Business“ würden den Dialog vertiefen und weiter eng zusammenarbeiten.
19.11.2003	Der Autonome Bezirk der Ewenken akzeptiert die Entscheidung eines Regionalgerichts, dass die Nominierung Wasilij Schachnowskijs für den Föderationsrat, die obere Kammer des russischen Parlaments, ungültig ist. Schachnowskijs ist Miteigentümer von Jukos.
24.11.2003	Wasilij Schachnowskij, der inhaftierte Vorsitzende von Jukos-Moskau, verzichtet darauf, seine Bewerbung für den Sitz im Föderationsrat aufrechtzuerhalten, den ihm der Autonome Kreis der Ewenken angeboten hatte.
25.11.2003	Die Staatsanwaltschaft schließt ihre Ermittlungen im Fall Chodorkowskij ab.
1.12.2003	Das Mineralölunternehmen Sibneft teilt mit, dass der angestrebte Zusammenschluss von Sibneft und Jukos vorläufig nicht vollzogen wird.
9.12.2003	Die Radiostation „Echo Mosky“ teilt mit, dass Jukos und Sibneft die Gespräche über einen Zusammenschluss der beiden Unternehmen abgebrochen haben.
9.12.2003	Beamte des Innenministeriums durchsuchen die Moskauer Büros der Bank Menatep-Sankt Petersburg und beschlagnahmen Unterlagen, die sich auf die Steuerzahlungen 2000 und 2001 beziehen.
29.12.2003	Das Steuerministerium fordert von Jukos eine Steuernachzahlung in Höhe von 100 Mrd. Rubel (ca. 3,4 Mrd. US\$). Die Forderung bezieht sich auf das Jahr 2000.
21.1.2004	Rafail Zainullin, Leiter der Kujbyschew-Raffinerie, die zum Jukos-Konzern gehört, wird in Samara verhaftet. Zainullin wird Steuerhinterziehung vorgeworfen.

21.1.2004	„Interfax“ teilt mit, dass Leonid Newlin und Wladimir Dubow, Mehrheitseigner von Jukos, zur föderalen und zur internationalen Fahndung ausgeschrieben sind. Angeblich wird auch nach Michail Brudno gesucht, einem weiteren Jukos-Aktionär. Damit läuft gegen die fünf größten Jukos-Aktionäre ein Strafverfahren. Michail Chodorkowskij und Platon Lebedjew befinden sich in Haft, Leonid Newlin, Wladimir Dubow und Michail Brudno werden gesucht.
27.1.2004	Die Staatsanwaltschaft verhört den Vorsitzenden des Föderalen Eigentumsfonds, Wladimir Malin. Malin wird vorgeworfen, er habe seine Kompetenzen überschritten und dem Staat Schaden zugefügt, als er eine Untersuchung des Privatisierungsverfahrens des Unternehmens „Apatit“ gegen eine hohe Geldstrafe einstellte. Zu den Eigentümern von „Apatit“ gehört Michail Chodorkowskij.
27.1.2004	Der stellvertretende Generalstaatsanwalt, Jurij Birjukow, teilt mit, dass neben drei Jukos-Manager auch sieben Leiter angeblicher Jukos-Scheinfirmen international zur Fahndung ausgeschrieben sind.
2.2.2004	Millhouse Capital, das die Aktien der größten Eigentümer von Sibneft verwaltet, teilt mit, dass die Vertreter der größten Aktionäre von Jukos und Sibneft ein Protokoll unterzeichnet haben, mit dem ihre Fusion offiziell rückgängig gemacht wird.
5.2.2004	Wasilij Schachnowskij, früherer Chef von Jukos-Moskau und einer der Hauptanteilseigner von Jukos wird von einem Moskauer Bezirksgericht wegen Steuervergehens zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Da er bereits im Oktober die von den Behörden geforderte Summe zuzüglich einer Strafe gezahlt hat, wird er auf freien Fuß gesetzt.
3.3.2004	Stephen Curtis, neuer Vorstandsvorsitzender der Gruppe Menatep, die Jukos kontrolliert, kommt bei einem Hubschrauberabsturz in Südengland ums Leben.
16.3.2004	Der Mineralölkonzern Jukos und Chinas Nationale Petroleum Corporation unterzeichnen ein Abkommen über umfangreiche Lieferungen an China in den Jahren 2004–2005.
29.3.2004	Die Zeitung „Vedomosti“ veröffentlicht einen Artikel Chodorkowskij, in dem dieser die „Kapitulation des Liberalismus“ in Russland kritisiert und Pläne entwickelt, wie diese Krise überwunden werden kann.
6.4.2004	Chodorkowskij erklärt, er habe den in „Vedomosti“ erschienenen Artikel nicht geschrieben, stimme dessen Aussagen aber zu.
13.4.2004	Michail Chodorkowskij veröffentlicht einen zweiten Brief über den russischen Liberalismus.
16.4.2004	Auf Ansuchen des Steuerministeriums verbietet ein Moskauer Gericht dem Mineralölkonzern Jukos den Verkauf jeglicher Aktiva (einschließlich der Aktien).
22.4.2004	Die Polizei durchsucht die Moskauer Büros der Mineralölfirma Jukos.
6.5.2004	Das Moskauer Büro von Jukos wird erneut von der Polizei durchsucht.
19.5.2004	Beamte des Innenministeriums durchsuchen die Moskauer Geschäftsräume des Mineralölunternehmens Jukos.
26.5.2004	Das Moskauer Arbitragegericht verurteilt das Mineralölunternehmen Jukos zu einer Steuernachzahlung in Höhe von 99,38 Mrd. Rubel (ca. 2,9 Mrd. Euro).
27.5.2004	Jukos teilt mit, dass es Ende des Jahres insolvent sein wird, wenn das Urteil des Moskauer Arbitragegerichts nicht revidiert wird.
11.6.2004	Das Schweizer Bundesgericht hebt die Sperrung der persönlichen Konten von Chodorkowskij und 19 anderen Jukos-Teilhabern auf. Die Sperrung der Schweizer Konten war auf Antrag der russischen Behörden erfolgt.
16.6.2004	In Moskau beginnt der Prozess gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedjew.
24.6.2004	Auf der jährlichen Generalversammlung ersetzt Jukos den bisherigen Vorstandsvorsitzenden Simon Kukes durch Steven Theede. Auch der ehemalige Zentralbankchef Viktor Gerastschenko wird in den Vorstand gewählt.
29.6.2004	Das Moskauer Wirtschaftsgericht erklärt die Steuerforderung gegen den Mineralölkonzern Jukos über 3,4 Mrd. \$ für rechtmäßig. Das Unternehmen will Berufung einlegen.
1.7.2004	Das Steuerministerium präsentiert dem Mineralölkonzern Jukos eine Steuernachforderung in Höhe von 3,4 Mrd. US\$. Die russischen Konten des Unternehmens werden durch Gerichtsbeschluss eingefroren.
3.7.2004	Die Jukos-Zentrale in Moskau wird von Beamten des Innenministeriums und der Generalstaatsanwaltschaft durchsucht. Unterlagen und Computer werden beschlagnahmt.
5.7.2004	Ein westliches Gläubigerkonsortium unter Führung der Société Générale fordert von dem angeschlagenen russischen Ölkonzern Jukos die Rückzahlung eines Kredits in Höhe von 810 Millionen Euro. Zu dem Konsortium gehören auch die Deutsche Bank und die Commerzbank.
7.7.2004	Michail Chodorkowskij bietet den Behörden 44% der Anteile an Jukos an, um die Steuerschulden abzugelten.
7.7.2004	Nachdem die Frist zur Zahlung der Steuerforderungen in Höhe von 3,4 Mrd. US abgelaufen ist, beginnen die Behörden den in Russland befindlichen Besitz des Mineralölunternehmens Jukos zu pfänden.

Dokumentation

Die 50 politisch einflussreichsten Personen in Russland im Juni 2004

Die russische Tageszeitung „Nesawisimaja gasetá“ veröffentlicht jeden Monat eine Liste der 100 politisch einflussreichsten Russen. Das Ranking wird durch Befragung von Politikwissenschaftlern, Politikberatern und Journalisten ermittelt. Auf den ersten 50 Plätzen rangierten im Juni folgende Personen:

Nr.	Name	Funktion	Mittlere Punktwertung	
			Moskau	Regionen
1	Putin, Wladimir	Staatspräsident	7,83	6,72
2	Fradkow, Michail	Ministerpräsident	5,49	4,16
3	Kosak, Dmitrij	Leiter des Regierungsapparates, „Stabschef“ der Regierung. Bis Anfang März 2004 Erster Stellvertreter der Leiter der Präsidentialadministration	5,12	3,53
4	Surkow, Wladislaw	Eine der beiden Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration, gilt als „Petersburger Liberaler“	5,07	3,26
5	Kudrin, Alexej	Finanzminister	4,95	3,61
6	Gref, German	Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel	4,90	3,98
7	Tschubajs, Anatolij	Vorstandsvorsitzender des Strommonopolisten EES Rossii	4,77	3,74
8	Iwanow, Sergej	Verteidigungsminister	4,76	3,26
9	Alexij II	Patriarch, Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche	4,71	3,90
10	Medwedjew, Dmitrij	Leiter der Präsidentialadministration	4,65	3,55
11	Schukow, Alexander	Stellvertretender Ministerpräsident	4,63	3,54
12	Abramowitsch, Roman	Finanzmagnat, Mitbesitzer des Mineralölunternehmens Sibneft, Gouverneur von Tschukotka, zweitreichster Mann Russlands	4,62	3,80
13	Luschkow, Jurij	Bürgermeister von Moskau	4,49	3,72
14	Patruschew, Nikolaj	Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB	4,30	3,11
15	Iwanow, Wiktor	Gehilfe des Präsidenten, zuständig für Innenpolitik, angeblich einer der Initiatoren der Kampagne gegen Jukos	4,27	1,91
16	Gryslow, Boris	Vorsitzender der Staatsduma, Vorsitzender der Partei „Einiges Russland“, vorher Innenminister	4,24	3,59
17–18	Alekperow, Wagit	Vorstandsvorsitzender des Mineralölunternehmens Lukoil	4,20	2,80
17–18	Surabow, Michail	Minister für Gesundheitswesen und soziale Entwicklung	4,20	3,48
19	Setschin, Igor	Eine der beiden Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration, gilt als „Tschekist“	4,18	2,28
20	Ustinow, Wladimir	Generalstaatsanwalt	4,10	2,94
21	Chodorkowskij, Michail	Finanzmagnat und Großunternehmer, bis 3.11.2003 Chef der Jukos-Gruppe, in Untersuchungshaft	4,05	3,33
22	Fridman, Michail	Finanzmagnat und Großunternehmer, Vorstandsvorsitzender der Alfa-Gruppe	3,95	2,47
23	Lawrow, Sergej	Außenminister	3,93	3,09
24	Deripaska, Oleg	Finanzmagnat und Großunternehmer, Aluminiumkonzern „Rusal“	3,90	3,03

Nr.	Name	Funktion	Mittlere Punktwertung	
			Moskau	Regionen
25–26	Illarionow, Andrej	Berater des Präsidenten in Wirtschaftsfragen	3,85	2,83
25–26	Miller, Alexej	Vorstandsvorsitzender des Erdgasmonopolisten Gazprom	3,85	3,11
27	Christenko, Wiktor	Minister für Industrie und Energiewirtschaft	3,82	2,62
28	Potanin, Wladimir	Finanzmagnat und Großunternehmer, Buntmetallkonzern „Norilskij Nickel“, fünftreichster Mann Russlands	3,78	2,73
29	Weschnjakow, Alexander	Leiter der Zentralen Wahlkommission	3,76	3,10
30	Stepaschin, Sergej	Vorsitzender des Rechnungshofs, früherer Innenminister und Ministerpräsident, im weiteren Sinne ein „Petersburger“	3,73	2,81
31	Sjuganow, Gennadij	Vorsitzender der KPRF, Führer der kommunistischen Fraktion in der Duma, von einem „Gegenparteitag“ abgewählt	3,67	2,96
32	Schojgu, Sergej	Minister für Katastrophenschutz, einer der Führer der Partei „Einiges Russland“	3,66	3,43
33	Schuwalow, Igor	Gehilfe des Präsidenten, Leiter des Expertenabteilung der Präsidentialverwaltung	3,54	2,26
34–35	Wekselberg, Wiktor	Finanzmagnat und Großunternehmer, Mineralölunternehmen BP-TNK, drittreichster Mann Russlands	3,51	2,54
34–35	Ignatjew, Sergej	Präsident der russischen Zentralbank	3,51	2,78
36	Nurgalijew, Raschid	Innenminister	3,50	3,07
37–38	Abramow, Alexander	Gehilfe des Präsidenten, zuständig für Fragen der Föderation, Sekretär des Staatsrates	3,49	2,31
37–38	Awen, Pjotr	Großunternehmer, Mitbesitzer der Alfa-Gruppe	3,49	2,50
39	Koschin, Wladimir	Leiter der Abteilung für Präsidentenangelegenheiten der Präsidentialadministration, zuständig für Liegenschaften des Kreml u.a.	3,35	1,92
40	Jewtuschenkow, Wladimir	Finanzmagnat und Großunternehmer, steht an der Spitze des Konzerns „Sistema“, der dem Moskauer Bürgermeister Luschkow nahe steht	3,34	1,84
41	Beresowskij, Boris	Finanzmagnat, derzeit in London, um der Strafverfolgung zu entgehen	3,33	2,83
42	Schajmijew, Mintimer	Präsident der Republik Tatarstan	3,32	2,91
43	Matwienko, Walentina	Gouverneurin von Sankt Petersburg	3,31	3,04
44	Rejman, Leonid	Minister für Informationstechnologien und Fernmeldewesen	3,21	2,39
45–46	Wajnschtok, Semen	Präsident des staatlichen Öltransportkonzerns Transneft, der das Pipelinennetz kontrolliert	3,18	2,38
45–46	Maschadow, Aslan	1997 gewählter Präsident Tschetscheniens, derzeit im Untergrund	3,18	3,03
47–48	Sorkin, Walerij	Vorsitzender des Verfassungsgerichts	3,15	2,63
47–48	Mironow, Sergej	Vorsitzender des Föderationsrates, Vertreter von St. Petersburg im Föderationsrat	3,15	2,61
49–50	Dobrodejew, Oleg	Vorsitzender der Allrussischen Staatlichen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft (WGTRK)	3,13	2,44
49–50	Iwanow, Igor	Sekretär des nationalen Sicherheitsrats, ehemaliger Außenminister	3,13	2,36

Quelle: A. Kostjukow: *Sto weduschtschich politikow Rossii v ijune*, in: *Nesawisimaja Gaseti*. 30.06.2004
<<http://ng.ru/ideas/2004-06-30/1rating.html>>

Chronik

Vom 1. bis zum 8. Juli 2004

1.7.2004	Putin empfängt Vertreter des russischen Unternehmerverbandes. Bei dem 40minütigen Treffen geht es u.a. um den Abbau bürokratischer Hindernisse und um das schlechte Ansehen des Unternehmertums in Russland.
1.7.2004	Das Steuerministerium präsentiert dem Mineralölkonzern Jukos eine Steuernachforderung in Höhe von 3,4 Mrd. US\$. Die russischen Konten des Unternehmens werden durch Gerichtsbeschluss eingefroren.
1.7.2004	In Malgobek (Inguschetien) kommt es bei der Festnahme von Guerillakämpfern zu einem Feuergefecht. Dabei werden zwei inguschetische Polizisten getötet und einer verletzt. Auf Seiten der Guerilla werden drei Personen getötet und zwei verhaftet.
3.7.2004	Die russische Tennisspielerin Maria Scharapowa gewinnt das Dameneinzel in Wimbledon .
3.7.2004	Die Jukos-Zentrale in Moskau wird von Beamten des Innenministeriums und der Generalstaatsanwaltschaft durchsucht. Unterlagen und Computer werden beschlagnahmt. Der Generalstaatsanwalt erklärt, die neun Stunden dauernde Durchsuchung stehe im Zusammenhang mit laufenden Verfahren wegen Steuerhinterziehung und Betrugs.
3.7.2004	In Moskau finden parallel zwei Parteikongresse statt, von denen beide von den Organisatoren als 10. Parteitag der Kommunistischen Partei (KPRF) bezeichnet werden. Auf beiden Parteitagungen wird je ein Zentralkomitee gewählt. Das eine bestimmt Gennadij Sjuganow zum Vorsitzenden, das andere Wladimir Tichonow.
3.–4.7.2004	Grigorij Jawlinskij wird auf dem 12. Parteikongress von „Jabloko“ mit 190 von 252 Stimmen als Vorsitzender bestätigt.
5.7.2004	Ein westliches Gläubigerkonsortium unter Führung der Société Générale fordert von dem angeschlagenen russischen Ölkonzern Jukos die Rückzahlung eines Kredits in Höhe von 810 Millionen Euro. Zu dem Konsortium gehören auch die Deutsche Bank und die Commerzbank .
5.7.2004	Putin empfängt Sjuganow und Vertreter seines Parteiflügels zu einem Gespräch über die Lage der KPRF.
5.7.2004	Der Rechnungshof stellt nach der Durchsicht der Unterlagen von 140 Privatisierungen zwischen 1993 und 2003 fest, dass der Staat in diesen Verfahren 2,75 Mrd. US\$ verloren hat. In 56 der 140 Fälle gibt der Rechnungshof die Unterlagen an die Generalstaatsanwaltschaft weiter.
5.7.2003	Der Generaldirektor des Fernsehsenders NTW, Nikolaj Senkewitsch, wechselt zur Holding Gazprom-Media als deren Generaldirektor und Aufsichtsratsvorsitzender. Nachfolger bei NTW wird Wladimir Kulistikow. Es wird bekannt, dass NTW zwei weitere politische Programme – „Swoboda slowa“ und „Litschnij wklad“ – einstellt.
6.7.2004	Der Parteitag von „Heimat“ (Rodina) wählt Dmitrij Rogosin zum Parteivorsitzenden.
6.7.2004	Die Guta-Bank, die Anfang 2004 im Ranking der russischen Banken nach Umfang der Aktiva an 22. Stelle lag, schließt ihre Büros und stellt ihre Zahlungen ein.
7.7.2004	Michail Chodorkowskij bietet den Behörden 44% der Anteile an Jukos an, um die Steuerschulden abzugelten.
7.7.2004	Nachdem die Frist zur Zahlung der Steuerforderungen in Höhe von 3,4 Mrd. US abgelaufen ist, bereiten die Behörden die Pfändung des in Russland befindlichen Besitzes des Mineralölunternehmens Jukos vor.
7.7.2004	Georgische Sicherheitskräfte beschlagnahmen in der Zone des georgisch-ossetischen Konfliktes Raketenlieferungen, die für die russischen Friedenstruppen in Abchasien bestimmt sind, und verhaften russische Militärangehörige.
7.7.2004	Putin empfängt den bulgarischen Staatspräsidenten Georgiej Pyranow zu Gesprächen im Kreml.
8.7.2004	200 bewaffnete Südosseten besetzen das georgische Dorf Vanati und nehmen 50 georgische Soldaten gefangen.
8.7.2004	Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder trifft Putin in Moskau zu Wirtschaftsgesprächen. Schröder wird von eine Gruppe hochrangiger Wirtschaftsvertreter begleitet. Mit Bezug auf die Juko-Affäre erklärt der Bundeskanzler, er könne „durchaus nachvollziehen, dass ein Staat Steuern auch haben will“.

Eine regelmäßige Fortsetzung der Chronik finden Sie auch in der Sommerpause unter:

www.russlandanalysen.de

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de